

Keine Wahl



Die jüngst stattgefundenen Parlamentswahlen in Russland haben das erwartete Ergebnis gebracht. Dieses wird keinen wesentlichen Einfluss auf die russische Politik der nächsten Jahre haben. Das nächste wichtige Jahr ist 2024, in dem Wladimir Putin entscheiden wird, ob er weiter Präsident der Russischen Föderation bleiben wird.

Analyse von **Gerhard Mangott**

Die russischen Bürger haben gewählt. Das Ergebnis war vorhersehbar. Während anderswo die Regeln der Wahl feststehen, aber das Ergebnis offen ist, gilt in Russland seit langem, dass das Ergebnis feststeht, aber die Regeln offen sind. Die Partei, die Putin bedingungslos unterstützt – Geeintes Russland (Edinaja Rossija) hat ihre Verfassungsmehrheit in der Staatsduma verteidigt. Sie hat zwar 19 Sitze verloren, aber hält noch immer 324 der 450 Sitze.

Die Parlamentswahlen müssen aber zunächst in ihren Kontext gesetzt werden. Russland ist durch eine autokratische Herrschaftsordnung geprägt, die mit immer repressiveren Mitteln versucht, die Machtverhältnisse zu wahren. Die Führung des Landes verliert an Legitimationsquellen. Lange waren wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg die wichtigsten Gründe der Legitimität Putins. Aber das BIP Russlands ist seit 2010 zurückgegangen, abwechselnd mit Rezessionen und anämischem Wachstum. Die verfügbaren Haushaltseinkommen der russischen Bürger sind seit 2013 rückläufig; es ist seit damals um 12 Prozent zurückgegangen. Die Legitimitätsquelle sozialen Aufstiegs ist also versiegt – und bleibt es wohl auch in den kommenden Jahren.

Die nationalistische Mobilisierung der russischen Bevölkerung als alternative Legitimationsbasis der Führung, die mit und in den Jahren nach der Annexion der Krim ihren Höhepunkt erreicht hatte, nimmt seit Jahren ab. Patriotische Begeisterung zerschellt an den widrigen Lebensumständen der Bevölkerung.

Was Putin noch geblieben ist, ist die Absicherung der Stabilität des Landes. Die Mehrheit der Bürger fürchtet revolutionäre Änderungen – geprägt durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte –, verlangt zwar nach Wandel, will aber keine großen Experimente, sondern graduelle Änderungen. Das ist auch das Mantra, das Putin vor sich herträgt.

Angesichts der wachsenden Legitimitätskrise der russischen Führung greift diese seit Jahren und immer stärker zu repressiven Instrumenten, um die Macht zu behalten. Der öffentliche Raum für Dissens wird immer kleiner. Das hängt nicht zuletzt mit der starken Stellung der Geheimdienste und der Rechtsschutzorgane in der Führungselite Russlands zusammen. Völlige Kontrolle gesellschaftlicher Regungen und Bestrafung des Widerspruchs zählen zu deren Kernelementen.

Vor den Wahlen zur Staatsduma ist die Zustimmung zur Regierungspartei Geeintes Russland auf 27 Prozent gesunken; die Zustimmung zur Amtsführung von Putin auf 61 Prozent – einer der schlechtesten Werte für Putin seit 2000. In diesem Kontext sind die Wahlen zu sehen.

Die Staatsduma zählt bei den Russen zu den unbeliebtesten Institutionen. Zuletzt waren 59 Prozent der Bevölkerung mit ihrer Arbeit unzufrieden. Nach der Verfassung von 1993 ist die Staatsduma ohnehin eine marginalisierte Institution. Bei der Ernennung des Regierungsvorsitzenden und bei der Kontrolle der Regierung

bleibt immer der Präsident auf dem längeren Hebel. Anhaltender Widerstand der Parlamentarier in diesen Fragen endet mit der Auflösung der Kammer.

Ziel der Wahlen war es, die Verfassungsmehrheit in der Staatsduma zu halten. Das ist wichtig für die politische Transition in Russland, v.a. für das Jahr 2024, in dem sich entscheiden wird, ob Putin die politische Bühne verlässt (wenig wahrscheinlich, obwohl von fast einem Drittel der russischen Bürger gewünscht) oder erneut für das Präsidentenamt kandidieren wird (sehr wahrscheinlich). Die Erreichung dieses Zieles war aber auch wichtig als Rückversicherung für die politischen und wirtschaftlichen Eliten, dass die Führung des Landes alles unter Kontrolle hat.

Um dieses Ziel zu erreichen, galt es die regierungstreuen Wähler zu mobilisieren und die Opposition zu demobilisieren. Zur Wählerklientel der politischen Führung gehören vor allem jene Russen, die vom Staat bezahlt werden – Staatsbedienstete, die Beamtschaft, die Angehörigen der Streitkräfte, die Pensionisten und die in der Rüstungsindustrie Tätigen und deren Familien. Einmalige Bonuszahlungen an Pensionisten und Soldaten sollten diese für Geeintes Russland mobilisieren. Dazu kommt noch die nicht unerhebliche Zahl an apathischen Wählern.

Umgekehrt hat die politische Führung alles darangesetzt, die politische Opposition zu zerschlagen und deren Anhänger zu demobilisieren. Durch eine harte Verfolgungsstrategie wurden Oppositionelle inhaftiert, ins Exil gedrängt oder vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Zahlreiche Kandidaten in den Direktwahlkreisen wurden aus den verschiedensten Gründen nicht zur Wahl zugelassen. Dazu zählte auch die Inhaftierung von Aleksej Navalnij und die Einstufung seiner „Stiftung zum Kampf gegen Korruption“ als „extremistisch“. Mitarbeiter der Stiftung konnten bei den Wahlen nicht kandidieren. Möglich machte das die rückwirkende Anwendung des Gesetzes. Mit Pavel Grudinin wurde aber auch ein populärer Kandidat der regierungsfreundlichen Kommunisten von der Wahl ausgeschlossen.

Die Wahlen waren weder frei noch fair. Schon im Wahlkampf hatten die Regierungskandidaten erheblich mehr an finanziellen Mitteln, wurden in den staatlichen Medien favorisiert und von den Regionalverwaltungen, deren meiste Geeintes Russland kontrolliert, unterstützt. Das staatliche Fernsehen wurde auch eingesetzt, um die Kommunistische Partei zu diskreditieren, der ein starker Wählerzuwachs vorausgesagt wurde. Die Wahlen fanden erstmals an drei Tagen statt. Begründet wurde diese mit der pandemischen Situation im Land, aber auch damit, dadurch die Wahlbeteiligung erhöhen zu wollen. Die Wahlurnen blieben in den Nächten unbewacht. Dazu kamen fälschungsanfällige mobile Wahlurnen, das Einwerfen von unzähligen Wahlzetteln für Geeintes Russland, Mehrfachwahlen und immer wieder Hinausweisung von Wahlbeobachtern aus den Auszählungsräumen. In 7 der 85 Regionen Russlands hat es die Möglichkeit von Online-Abstimmungen gegeben; ein neues Verfahren, das als besonders fälschungsanfällig gilt.

Das Ergebnis war dann wie gewünscht. Geeintes Russland erzielte offiziell für seine Parteiliste 49,82 Prozent der Wählerstimmen. Das sind knapp 5 Prozent weniger als 2016. Die Dominanz der Regierungspartei in den 225 Direktwahlkreisen hielt an. Geeintes Russland hat 198 der 225 Wahlkreise gewonnen, nur 5 Sitze weniger als 2016. Insgesamt sind 5 Parteien über die Listenwahl in die Staatsduma eingezogen. Neben Geeintes Russland sind das die Kommunisten, die rechten Nationalisten der LDPR, die mitte-links Partei „Gerechtes Russland – Für die Wahrheit“; diese Parteien sind schon seit 2007 durchgehend in der Staatsduma vertreten gewesen. Neu hinzugekommen ist die vom Präsidialamt Putins unterstützte Partei „Neue Leute“ – ein Angebot an die städtischen Mittelschichten, das

sich für die Korruptionsbekämpfung ausspricht (aber keine Korruption bei Putin sieht).

Die Neuen Leute und die Kommunisten war die einzigen Wahlgewinner. Offiziell stimmten fast 19 Prozent der Wähler für die KPRF, mehr als 5 Prozent mehr als 2016. Allerdings konnten die Kommunisten nur 9 Direktmandate gewinnen. In der Stadt Moskau lagen die Kommunisten in vielen Wahlkreisen nach der Auszählung der Stimmzettel vorne. Das mit großer Verspätung bekannt gemachte Ergebnis der Online-Abstimmung machte diese Führung zunichte; die Sitze gingen an Geeintes Russland. Vermutlich haben die Kommunisten ein deutlich besseres Ergebnis erzielt, aber offiziell durfte der Zugewinn nicht zu groß ausfallen.


Die in der Staatsduma in Fraktionsstärke vertretenen Parteien sind entweder regierungstreu oder regierungsfreundlich. Auch die Kommunisten sind unter ihrer derzeitigen Führung handzahn. Jüngere Kommunisten in den Regionen wie Nikolai Bondarenko in der Region saratov drängen auf echte Oppositionsarbeit der Kommunisten, finden sich aber in der kommunistischen Hierarchie nur in der zweiten Reihe.

Wirkliche Opposition gibt es in der Staatsduma damit kaum. Sie wird die Abstimmungsmaschine für Regierungs- und Präsidialvorlagen bleiben. Aber die Staatsduma ist „nicht der Ort für politische Diskussionen“, wie ein früherer Parlamentspräsident von Geeintes Russland vor Jahren formulierte.

Die Wahlbeteiligung war mit 51,7 Prozent leicht höher als 2016, als die Beteiligung erstmals unter 50 Prozent gefallen war. Die Wahlen 2021 lagen aber trotzdem unter dem Durchschnitt der Wahlbeteiligung seit 1993. Es ist nicht leicht zu sagen, was die Motive der Nichtwähler waren – sicher Boykotte durch Teile der liberalen Opposition, das niedrige Ansehen der Staatsduma in der Bevölkerung, Enttäuschung über Wahlen, die absehbar weder frei noch fair sein würden, Apathie oder Resignation. Für die politische Führung ist die Wahlbeteiligung nicht wichtig gewesen. Eine niedrigere Wahlbeteiligung nützt vor allem der Regierungspartei.

Navalnij, der früher noch zum Boykott von Wahlen aufgerufen hatte, schlug nunmehr seine Strategie des „klugen Wählens“ (umnoje golosovanie) vor. Damit ist die Aufforderung an die Wähler gemeint, in den Direktwahlkreisen jenen Kandidaten zu unterstützen, der die größten Chancen hat, den Kandidaten von Geeintes Russland zu besiegen. Inwiefern dieser Aufruf die Wahlen in den Direktwahlkreisen beeinflusst hat, ist derzeit noch schwer zu sagen.

Das Ergebnis der Wahlen wird die Regierungspolitik nicht beeinflussen. Zwar waren Gerüchte über eine mögliche Regierungsumbildung nach den Wahlen gestreut worden, aber es ist nicht dazu gekommen. Wäre das Kabinett umgestaltet worden, hätte das jedenfalls nichts mit dem Ergebnis der Parlamentswahlen zu tun gehabt.

Innerhalb der EU sind Vertreter einiger osteuropäischer Mitgliedstaaten dafür eingetreten, das Ergebnis der Wahl nicht anzuerkennen. Dazu ist es nicht gekommen. Es wäre ein weiterer Schritt gewesen, die schwer belasteten Beziehungen zwischen Russland und der EU weiter zu verschärfen, ohne in Russland irgendwelche Konsequenzen zu haben. Daher blieb es bei Erklärungen, dass die Wahlen weder frei noch fair gewesen seien. Eine pflichtschuldige Feststellung, aber ohne Bedeutung für die russische Führung. Diese kann mit dem fabrizierten Ergebnis zufrieden sein und sich wieder wichtigeren Dingen zuwenden. 

Univ.Prof. Dr. Gerhard Mangott ist Politikwissenschaftler und Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Innsbruck mit Schwerpunkt Osteuropa und Russland.

E-Mail: Gerhard.Mangott@uibk.ac.at